

Bezugpreis:
Wochenblatt 6.— M. monatlich 15.— M.
bei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug monatlich 12.— M. einjährig 120.—
M. halbjährig 60.— M. Vierteljährig 30.—
M. Einzelhefte 1.— M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich-
Ungarn und Rumänien 25.— M. Mit
das übrige Ausland 32.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Rumänien, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Himmelt“ und der
Beilage „Biedlung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die sechspaltige Anzeigenzeile
kostet 7.— M. „kleine Anzeigen“
das istgedruckte Wort 2.— M. (zu-
läufig zwei getruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.50 M. Stellenanzeigen
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort
1.— M. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 4.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Anzeigenaufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Druckgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Worinplatz 15195-97
Expedition Worinplatz 11753-54

Freitag, den 23. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Worinplatz 11753-54

Das Programm von Cannes.

Ueber das Ergebnis der Londoner Beratungen steht nur soviel fest, daß eine Beschlusfassung zur deutschen Note vom 14. Dezember nicht erfolgt ist. Die deutsche Regierung besitzt keine offizielle und, wenn wir recht unterrichtet sind, auch keine nichtoffizielle Benachrichtigung darüber, welche Konsequenzen die Alliierten aus ihrer Ankündigung ziehen wollen, sie könne die Januar- und Februarraten des nächsten Jahres nicht ganz bezahlen. Den Meldungen der französischen Presse, man werde auf voller Leistung bestehen oder wenigstens 500 Millionen verlangen, fehlt die Bestätigung. Somit fehlt auch für die deutsche Regierung die Möglichkeit, sich rechtzeitig auf einen bestimmten Fall einzurichten. Solange ihr der erbetene Zahlungsausschub nicht verweigert wird, wird sie annehmen müssen, daß er, sei es in ausgesprochenen Worten, sei es auch nur stillschweigend, zugestanden werden wird.

Der Oberste Rat tritt erst am 4. Januar zusammen. Daß er dann noch einen technisch ausführbaren Beschluß fassen könnte, der Deutschland zum 15. Januar zu Zahlungen über sein eigenes Angebot hinaus verpflichtet, ist so gut wie ausgeschlossen. Hat man ein paar Wochen Zeit, so läßt sich vielleicht unmöglich Scheinendes noch möglich machen. Aber binnen 24 Stunden kann man nicht Hunderte von Millionen aus dem Vermeil schütteln. Eine solche Forderung könnte dann nur noch gestellt werden, um für ein gewaltiges Vorgehen einen Vorwand zu haben. Mit Gewalt aber, sei es entsetzliche oder boschewistische, kann man eine kranke Wirtschaft nicht heilen. Dieser Erkenntnis wird man sich auch in Frankreich nicht verschließen können, so sehr man sich dort auch in gewissen Kreisen dagegen sträubt.

London, 23. Dezember. (E.C.) Einer „Daily Mail“-Meldung zufolge würde die Konferenz von Cannes folgendes Programm haben: Neuerliche Arrangements für die Reparationszahlungen oder für deren Verminderung. Ratifikation der Abkommen von Wiesbaden und vom 13. August. Französisch-englische Allianz. Wirtschaftlicher Wiederaufbau Europas, Deutschland und Rußland einbezogen.

Erleichterung der Januarzahlung?

London, 23. Dezember. (W.B.) Dem Berichtsstatter des „Daily Express“ zufolge sind Briand und Lloyd George übereingekommen, daß Deutschland den vollen Betrag der Januar- und Februarraten nicht bezahlen könne. Sie hätten nun vorläufig festgelegt, was Deutschland zahlen solle und könne. Diese Summe würde rund zwei Drittel des ursprünglich festgesetzten Betrages darstellen. Deutschland werde aufgefordert werden, Garantien zu geben, daß es bei Gewährung einer solchen Erleichterung Maßnahmen ergreifen werde, um seine Finanzen in Ordnung zu bringen.

Energische Sprache in England.

London, 22. Dezember. (W.B.) In einem Artikel schreibt „Manchester Guardian“, Briands Abreise nach Paris sei ein schlechtes Zeichen. Das Londoner Abkommen könne keinen Bestand haben, aber bevor es zusammenbräche, habe es dazu gedient, den Schein einer Einigkeit unter den Alliierten aufrecht zu erhalten.

Zollerleichterungen für Danzig.

Zwischen Polen und Danzig ist, wie W.B. meldet, eine Vereinbarung zustande gekommen, nach der die Freie Stadt Danzig das Recht hat, für Einfuhren bestimmter Warenarten in ihr Gebiet Zollerleichterungen vom autonomen Zolltarif im Rahmen des festgesetzten Kontingents zu gewähren. Die Kontingente sind für den Bedarf eines Jahres bemessen, doch müssen die Einfuhren bis zum 30. September 1922 bewirkt werden. Um die wirtschaftliche Anpassung Danzigs an die polnischen Zollgesetze zu erleichtern, werden Maschinen mit Zubehör für Danziger Industrie, Gewerbetreibende, Handwerker und Landwirte, welche ihre Betriebe auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse einstellen, oder neue Betriebe aus dem gleichen Anlaß errichten, bis zum 31. Dezember 1922 zollfrei in das Gebiet der Freien Stadt Danzig hereingelassen. Die Errichtung oder Umstellung dieser Betriebe muß spätestens am 31. Dezember 1922 im Gange sein. Die von der Danziger Regierung gestellten Anträge wegen Aufnahme von Waren in die Zollvergünstigungsliste werden soweit wie möglich berücksichtigt und die zukünftig von Danziger Seite zu stellenden Anträge wegen Aufnahme von Waren in die Zollvergünstigungsliste mit größtem Entgegenkommen behandelt werden. Zugleich soll wegen des Abbaues der Wirtschaftsgrenzen vor dem 1. April ebenfalls verhandelt werden.

Begnadigt wurden, wie die Regierungskommission für das Saargebiet mitteilt, weitere 31 Personen, die anlässlich der Unruhen im Oktober 1919 zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren.

recht zu erhalten. Dies sei jetzt nicht mehr möglich, und die Notwendigkeit, etwas Besseres zu finden, als nur einen Reparationsplan auf dem Papier, habe die Erwägung anderer, noch wichtigerer Fragen mit sich gebracht, mit denen die gesamten Reparationsfragen verbunden seien.

„Daily Chronicle“ berichtet über die letzten Beratungen zwischen Briand und Lloyd George. Den französischen Ministern sei deutlich gesagt worden, was Großbritannien denke. Bei der wirtschaftlichen Wiederherstellung müsse Europa als ein großes Ganzes behandelt werden. Deutschland und Rußland sowie die neuen Nationen müßten in den Plan mit hineingebracht werden. „Daily Chronicle“ sagt, den Franzosen sei anscheinend der volle Ernst der Lage Englands nicht klar. Die englische Öffentlichkeit fordere von Lloyd George eine Belebung des Handels, die Behebung der Arbeitslosigkeit und Herabsetzung der Einkommensteuer. Die Not Englands sei größer als die Frankreichs, obwohl vielleicht die stillgelegten Werke und die Arbeitslosigkeit auf den Straßen weniger eindrucksvoll seien, als die Ruinen Nordfrankreichs.

„Daily News“ weist darauf hin, daß die von Lloyd George und Briand vorgeschlagene Konferenz eine wesentliche Vorbereitung für eine internationale Wirtschaftskonferenz in Washington sein werde, da Europa Schritte tun müßte, um seine Angelegenheiten in Ordnung zu bringen, bevor es nach Amerika um Hilfe ausschauen könnte.

Unzufriedenheit in Frankreich.

Paris, 23. Dezember. (W.B.) Die französischen Blätter bringen Kommentare zu den Ergebnissen der Londoner Konferenz. So schreibt der „Figaro“: „Der einzige Beschluß, den die beiden Ministerpräsidenten in London gefaßt haben, ist die Einberufung mehrerer Ministerkonferenzen. Man verzichtet mehr und mehr auf die normale Diplomatie, um ein System wieder aufzunehmen, das klägliche Ergebnisse zeitigt.“

Der „Gaulois“ erklärt, man wolle es so einrichten, daß der drohende Ruin auf alle Völker, auf die Sieger und Bestiegen verteilt wird.

Die „Action Française“ fragt, ob ein englisch-französisches Abkommen nicht als eine erlahmende Kraft wirken würde, während welcher Zeit die Schuldner nicht bezahlen und die Gläubiger darunter leiden würden.

Die „Humanité“ kommt zu dem Schluß, daß die Londoner Konferenz zu einem vollständigen Mißerfolg geführt hat. Ueber feine einzige Frage sei ein Übereinkommen erzielt worden. Die Politik des nationalen französischen Blocks und des britischen Kaufmannsgeistes bewegt sich dauernd in Gegensätzen.

Der „Eclair“ ist der Ansicht, daß Lloyd George seine Rolle im deutsch-französischen Prozeß geändert habe; er sei jetzt der Anwalt unserer früheren Feinde geworden. Es verheißt Frankreich nur noch eine Garantie: die Befreiung des Ruhrgebietes.

Eine Wirtschaftskonferenz in Washington?

Washington, 23. Dezember. (E.C.) Der Senator France hat im Senat einen Antrag eingebracht, worin er fordert, daß vom Präsidenten Harding für den Monat März nach Washington eine internationale Wirtschaftskonferenz eingeladen werde, die eine Lösung der Probleme der Reparationen und der Kriegsschulden suchen solle.

Vertagung des Trenparlaments.

London, 22. Dezember. (W.B.) Reuter meldet aus Dublin: Da sich die Parteien nach erregter Debatte über eine Beschränkung der Redezeit nicht einigen konnten, ohne die es augenscheinlich unmöglich ist, noch vor Weihnachten zu einer Abstimmung zu gelangen, wurde auf Antrag von Collins die Vertagung des Dail Eireann beschlossen.

Italien und Sowjetrußland.

Rom, 23. Dezember. (E.C.) In der italienischen Kammer hat die Debatte über die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland mit einem Siege der Regierung gendel. Mit großer Mehrheit wurde zuletzt eine Tagesordnung angenommen, worin dem Kabinett Bonomi die gewünschte Handlungsfreiheit in der Politik mit Rußland gewährt wird.

Feiertagsstimmung am Devisenmarkt.

Der heutige Berliner Devisenmarkt stand im Zeichen der bevorstehenden fünftägigen Börsenpause. Die Spekulation zeigte nur geringe Reigung, sich noch zu engagieren. Immerhin war die Grundtendenz des Marktes fest, da die Nachrichten über die Stundung eines Teiles der Januar- und Februarraten sehr widersprechend lauten und allem Anscheine nach noch ein erheblicher Devisenbedarf der Reichsregierung bestehen bleibt. Der Dollar schwankte zwischen 184 und 186.

Zur Geld- und Finanzreform.

Von Parvus.

Wir haben den Verfasser gebeten, seine viel diskutierten Vorschläge zur Finanz- und Wirtschaftsreform in knappen Zügen darzulegen. Eine eigene Stellungnahme dazu behalten wir uns vor. Red. d. „Vorwärts“.

1. Keine Finanzreform ohne Währungsreform. Denn der sinkende Markkurs entwertet die Staatseinnahmen, während bei steigendem Markkurs die Staatsschuld alle Staatseinnahmen aufsaugen würde.

2. Der Sinn der Währungsreform kann nur der sein, der stattgehabten Entwertung der Markrechnung zu tragen. Jeder Versuch, die Mark auf ihren früheren Stand zu bringen, ist aussichtslos.

3. Die Industrie ist nur an der Stabilisierung des Markkurses interessiert, nicht an dessen Steigerung. Jeder Versuch, auch nur annähernd den alten Kursstand der Mark zu erreichen, würde vielmehr die deutsche Industrie zum Stillstand bringen, die gewaltigsten Lohnkämpfe auslösen und ein wirtschaftliches Chaos schaffen.

4. Alle Vorschläge zur Währungsreform, wenn sie auch anscheinend neue Wege einschlagen, wie z. B. die Einführung einer fremden Münzart oder die Deplazierung des Goldes durch einen anderen Wertmesser, laufen doch auf dasselbe hinaus, nämlich auf die Unmöglichkeit, unsere Staatsschulden nach dem alten Goldmaß der Mark einzulösen. Wir lösen das Problem viel einfacher, wenn wir den Goldwert der Mark ändern, als wenn wir durch Experimente mit fremden oder unbekanntem Wertmessern den Kapital- und Handelsverkehr in Verwirrung bringen.

5. Die Aenderung des Goldwertes der Mark bei der Valutareform muß innerhalb des Spielraumes stattfinden, der zwischen dem Auslands- und dem Inlandswert der Papiermark besteht. Bei dem gegenwärtigen Stand des Markkurses und der Warenpreise halte ich das Verhältnis 1 Dollar gleich 100 Mark für das zweckmäßigste.

6. Wenn wir die Währungsreform nicht schleunigst durchführen, wird unsere Valuta vollkommen durch eine fremde Währung verdrängt werden — ein Prozeß, für den bereits starke Anzeichen in Oesterreich, Rußland und auch in Deutschland wahrzunehmen sind.

7. Die Stabilisierung der Währung ist auch die grundlegende Bedingung für die Sanierung der Staatsbetriebe. Steigerungen der Tarife nützen nichts, wenn die Tarife durch die Markentwertung heruntergerissen werden.

8. Während alle bisherigen Versuche, die Kriegs- und Revolutionsgewinne durch Steuern zu erfassen, an der Geldentwertung scheiterten, würde die von mir vorgeschlagene Valutareform, die sich auf die Geldentwertung stützt, die gesamte Kriegs- und Revolutionsschuld Deutschlands und damit auch die Kriegs- und Revolutionsgewinne liquidieren. Die gesamte innere Schuld des Reichs- und der Bundesstaaten würde dann etwa 4 Milliarden Dollar betragen gegenüber 5 Milliarden Dollar vor dem Kriege. Es werden also, außer den Kriegs- und Revolutionsgewinnen, auch noch eine Milliarde Dollar bzw. 4 Milliarden Goldmark Kapitalwerte aus der Vorkriegszeit erfaßt. Das ist aber nur der Abschluß eines Expropriationsprozesses, der bereits stattgefunden hat, der nicht mehr rückgängig gemacht werden kann und der noch tiefer eingreifen wird, wenn ihm nicht durch die Währungsreform bzw. die Stabilisierung der Valuta ein Ende gesetzt wird.

9. Wenn durch die Währungsreform der Expropriationsprozeß der Kriegs- und Revolutionsgewinne zum Abschluß gebracht werden wird, wird kein Grund mehr vorliegen, diese Gewinne durch eine besondere Steuergesetzgebung zu erfassen. Das Steuersystem kann dann auf eine normale Basis gebracht werden. Dieses Basis ist gegeben durch die Notwendigkeit, den Kulturbedarf der Volksmassen und die Produktion zu steigern. Denn ohne kulturelle Hebung der Massen gibt es keine Zivilisation und ohne Steigerung der Produktion keine wirtschaftliche Entwicklung. Ohne qualifizierte, also gut ernährte und gebildete Arbeiterschaft und ohne Entwicklung seiner Industrie wird Deutschland auch seinen Zahlungsverpflichtungen den Alliierten gegenüber nicht nachkommen können.

10. An Stelle des gegenwärtigen komplizierten Schachtelsystems von Besitz- und Verkehrssteuern genügt eine gut ausgearbeitete Einkommens- und Vermögenssteuer.

11. Durch Vereinheitlichung und Vereinfachung des Systems der Besitz- und Verkehrssteuern wird das Personal der Steuerverwaltung enklaster und erst in den Stand gesetzt werden, seine Aufgabe richtig zu erfüllen. Dann ist es aber notwendig, daß dieses Personal nicht durch die Aufarbeitung der schier unübersehbaren Steuerrückstände übermäßig in Anspruch genommen wird.

12. Solange unsere Inlandspreise stark unter den Auslandspreisen stehen, muß das Schwergewicht von den Einfuhrzöllen auf Ausfuhrzölle verlegt werden. Wenn wir es nicht tun, werden die anderen Staaten noch mehr als bisher durch Zollerhöhungen sich in den Besitz der Differenz zwischen unseren und den fremden Warenpreisen setzen. Von Gewichts-

zöllen müssen wir zu Wertzöllen übergehen. Erst nach der Stabilisierung der Valuta könnten wir zu den Gewichtszöllen, die gewisse zolltechnische Vorteile darbieten, zurückkehren.

13. Deutsche Ausfuhrzölle würden gegenwärtig von den anderen Industriestaaten als Erleichterung empfunden werden. Denn die Schutzollsteigerung, die sie vornehmen, sind eine zweischneidige Waffe: sie halten die Zufuhr nicht nur seitens der Länder mit sinkender Valuta, sondern allgemein ab und stören dadurch den Welthandel. Aus dem gleichen Grunde geht es aber nicht an, Deutschland auf die Dauer durch Ausfuhrzölle zu binden. Denn, wenn die Valuta stabilisiert werden wird, werden die deutschen Ausfuhrzölle verfeuert werden, das wird Schaden bringen sowohl den Ländern, die auf den Bezug industrieller Produkte angewiesen sind, wie auch den anderen, wie z. B. Großbritannien, deren Welthandel zu einem erheblichen Teil mit deutschen Fertigfabrikaten arbeitet, und wird mit der Einschränkung der deutschen Industrie einschränkend auf den Welthandel wirken. Im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands wie auch der Weltindustrie ist es deshalb notwendig, daß Deutschland die Freiheit behält, seine Zollpolitik der jeweiligen Lage des Weltmarktes anzupassen.

14. Die Verbrauchssteuern müssen ebenfalls bis zur vollständigen Stabilisierung der Valuta vom Werte erhoben werden.

15. Das Branntweinmonopol muß weiter ausgebaut werden. Für die am meisten von den Steuern belasteten Massenkonsumartikel sind weitere Monopolisierungen in Angriff zu nehmen, wenn durch Vereinfachung des Bezuges, der Verarbeitung, des Verkehrs sowie durch Herabsetzung der Reklamekosten eine Verbilligung dieser Produkte sich erzielen läßt.

Kapps Geschichtsklitterer.

„Auf eine kleine Geschichtslüge darf es nicht ankommen“, erklärte der Angeklagte im Jagow-Prozess Dr. Schiele in einem seiner vielen Briefe, die bei ihm beschlagnahmt wurden. Nach diesem Rezept des Arztes aus Raumburg scheint jetzt die Kapp-Presse verfahren zu wollen. In der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlicht heute ihr Chefredakteur, der Abg. Paul Bäcker, eine Betrachtung über den Jagow-Prozess, in der es an kleinen Geschichtslügen wirklich nicht mangelt. U. a. läßt er sich so vernehmen:

Dabei ist festzuhalten, daß der Ausdruck Kapp-Putsch ein völlig falsches Bild der damaligen Vorgänge gibt und nur deshalb geprägt worden ist, um dem Unternehmen vom 13. März einen politischen, insbesondere aber einen reaktionären Charakter anzuhängen, den es in Wirklichkeit nicht besaß.

Kühner kann die Wahrheit wirklich kaum umgebogen werden, als das hier geschieht. Von allen drei Angeklagten im Jagow-Prozess ist fortwährend Kapp als der Diktator bezeichnet worden, dem sie nur Gehorschaft geleistet haben wollen. Kapp selbst hat in seinen Briefen seinen Zweifel daran gelassen, was er wollte und daß das Ziel seines Wollens etwas ganz anderes war, als die Weimarer Verfassung aufrecht zu erhalten. Kapp hat alle Aufrufe und Erlasse seiner „Schwagbude“ als Reichsfanzler unterzeichnet. Trotz alledem wagt es heute, wenige Tage nach Ablauf des Jagow-Prozesses, das Agrarierblatt schon, die nackten Tatsachen abzuleugnen und die Beteiligung Kapps an dem Putsch als eine Erfindung seiner Gegner darzustellen. Man kann beinahe die Herrschaften um ihre Eisenstirn beneiden.

Von gleicher Dreistigkeit ist die Behauptung des Herrn Bäcker, Dr. Südekum habe sich bereit erklärt, in ein Kapp-Ministerium einzutreten und man habe ihm in Leipzig diese Erinnerung allerdings erst mit Fangen entreißen“ müssen. Das genaue Gegenteil von dieser Behauptung ist in Leipzig festgestellt worden. Südekum hat mit einer Handbewegung die Zumutung abgelehnt, daß er oder ein anderer Sozialdemokrat in das Kapp-Ministerium hätten eintreten wollen. Er hat im Gegensaß

dazu auf das schärfste unterstrichen, daß bei den Besprechungen, die er mit dem famosen Doge hatte, von letzterem immer wieder die Aufnahme Kapps in die damalige rechtmäßige Regierung gefordert wurde. Dieses Betteln der Kappisten um ihre Anerkennung schieben jetzt Kapps Journalisten um in eine Bereitschaft sozialdemokratischer Vertreter, in die Putschgemeinschaft aufgenommen zu werden. Man muß diese Geschichtsfälschungen niedriger hängen, damit sie in ihrer ganzen Schönheit erkannt werden können.

Es bröckelt.

Wie die „Freiheit“ erfahren haben will, ist in der vorgestrigen Sitzung der Zentrale der Kommunistischen Partei eine Deputation von hiesigen und auswärtigen Delegierten unter Führung von Maßahn erschienen, die eine mit mehreren Unterschriften versehene Resolution vorlegte, in der der sofortige Rücktritt aller am Märzputsch mitschuldigen Mitglieder der Zentrale gefordert wurde. Es ist selbstverständlich, daß die Deputation mit leeren Redensarten abgepeißt wurde.

Wie das unabhängige Blatt weiter hört, will sich die immer stärkere werdende Opposition in der KPD. mit diesen Erklärungen nicht zufrieden geben. Sie wird sich in den nächsten Tagen mit einer Erklärung, die u. a. von Braß, Maßahn und Friesland unterzeichnet sein wird, an die kommunistischen Parteigenossen im Lande wenden, damit dem unwürdigen Stand ein Ende gemacht wird, daß immer noch Leute an der Spitze der Partei stehen können, die längst das Vertrauen verwirrt haben.

Ueber diese Vorgänge in der Sitzung der Zentrale der KPD. merkt die „Rote Fahne“ natürlich kein Wort. Dafür aber teilt sie in großer Aufmachung mit, daß die Zentrale der KPD. beschlossen hat, bei der Exekutive der Kommunistischen Internationale die Einberufung einer Konferenz sämtlicher Organisationen der Arbeiterklasse zu beantragen. Die beiden Moskauer, die Londoner, die Wiener, die Amsterdamer Internationale, sie sollen alle zusammenkommen, um eine „Internationale proletarischer Front“ gegen neue Rüstungen, gegen den französischen Imperialismus, für die Anerkennung Sowjetrußlands usw. herzustellen.

Das wagt dieselbe Instanz zu beantragen, die in der gleichen Sitzung eine Deputation aus den Reihen der eigenen Partei empfangen mußte, die ihre Abhebung verlangte!

Dieselbe Gesellschaft also, die das Vertrauen der eigenen Parteigenossen verwirrt hat, wagt es, mit derartigen „Anregungen“ vor die Öffentlichkeit zu treten. Ist das Größenwahn, Ignorismus — oder einfach ein recht plumper Abenteuerversuch? Gleichviel welche Folge die Moskauer Exekutive dem „Antrag“ der KPD.-Zentrale geben mag, wir sind überzeugt, daß die Zweite und die Amsterdamer Internationale — und hoffentlich auch die Wiener Arbeitergemeinschaft — diese Verhöhnung der internationalen Arbeiterklasse durch ein paar moralisch und politisch längst erledigte Hanswürste einfach ignorieren werden. Die Sache der Zusammenfassung der Kräfte des internationalen Proletariats im Kampfe gegen die imperialistische Reaktion ist zu ernst, als daß wir sie jemals durch eine Handvoll kommunistischer Witzköpfe verhandeln ließen.

Uebrigens scheint wieder einmal bei den Kommunisten die Regie nicht geklappt zu haben. Am Dienstag hatte die „Rote Fahne“ auf die Nachricht des Frankfurter Beschlusses der Wiener Arbeitergemeinschaft mit ein paar häßlichen Bemerkungen über den Charakter der außerhalb der Moskauer Internationale stehenden Parteien und mit einigen sonstigen Redensarten reagiert, die nichts anderes als als eine glatte Ablehnung eines jeden Zusammengehens mit diesen Parteien ausgefaßt werden konnten. Tags darauf begünstigt sich aber die KPD.-Zentrale für die Herstellung der „internationalen Einheitsfront“ mit Wien, London und Amsterdam! Ja, wer soll denn die „Rote Fahne“ noch lesen, wenn nicht einmal die KPD.-Zentrale sich dieser Mühe unterzieht?!

Wir hatten in der Besprechung des Frankfurter Beschlusses der Wiener Arbeitergemeinschaft bemängelt, daß die skandinavischen Bruderparteien nicht eingeladen, während die Schweiz und Holland als an der Reparationsfrage „direkt interessierte Länder“

bezeichnet und zur Teilnahme aufgefordert wurden. Darauf antwortet Ledebour in der „Freiheit“, daß sei eine reine Zweckmäßigkeitssache, die in Frankfurt sehr gründlich geprüft worden sei. Jemandem sachliches Argument für die Nichteinladung der skandinavischen Parteien vermag er nicht anzugeben — weil es eben keins gibt. „Jemandem war die Grenze zu ziehen“, meint Ledebour, „wenn es nicht ein allgemeiner Kongreß werden sollte.“ Und da hat man die Grenzen so gezogen, daß zwei Parteien, die der Zweiten Internationale angehören, nicht eingeladen werden sollten. Das ist der einzige, geheime Grund dieser willkürlich zusammengewürfelten Einladungsliste. Wäre die schwedische Partei Mitglied der Wiener Arbeitergemeinschaft, man könnte Gist darauf nehmen, daß die reine „Zweckmäßigkeitssache“ ganz anders in Frankfurt beantwortet worden wäre. Es ist eben die ewige kleinliche Ueberschlaueheit, mit der Ledebour und seine engeren Gesinnungsgenossen alle großen politischen Probleme behandeln.

Schwarzweißrote Demokraten.

In der letzten Reichstagsitzung vor den Weihnachtsferien kam, wie erinnertlich, auch der Flaggenantrag der Deutschmonarchisten und der Deutschen Volkspartei zur Abstimmung, wonach die Einführung der neuen Handelsflagge „bis auf weiteres“ hinausgeschoben werden sollte. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß die Handelsflagge nach wie vor Schwarz-Weiß-Rot sein wird, jedoch die neuen Reichsflaggen Schwarz-Rot-Gold in einer kleinen Gasse der Fahne einverleibt werden.

Schwarz-Rot-Gold war bekanntlich die Farbe der alten Demokraten von 1848. Die neuen Demokraten aber, die sich nur sehr bedingt für die Republik erklären, stehen den alten demokratischen Farben ebenso schwankend gegenüber wie den alten demokratischen Gesinnungen. Trotzdem ihr Bremer Parteitag sich eben erst für die Republik und für die neuen Reichsflaggen ausgesprochen hat, haben nicht weniger als zehn demokratische Abgeordnete es fertiggebracht, für den konservativ-national-liberalen Verschleppungsantrag zu stimmen. Es ist sicher in ihrem Interesse, wenn wir die Namen dieser schwarzweißroten Demokraten festhalten. Es sind dies: Dr. Böhm (Magdeburg), Brodau, Dietrich (Baden), Eisenberger, Gothein, Knieß, Koch (Weber), Dr. Kütz, Sipkovich und Weiß. Die demokratische Frau Dr. Anseld hat sich der Stimme enthalten.

Die Vorfahren der heiligen Demokraten, die Stürmer von 1848, würden sich wahrscheinlich im Grabe umbrechen, wenn sie wüßten, welche Leute sich in diesen Zeitläuften ihren politischen Namen beilegen.

Die Verfassung für Braunschweig.

Braunschweig, 22. Dezember (WZB.) In der Landesversammlung wurde heute nachmittags die dritte Lesung der neuen Staatsverfassung vorgenommen. Sämtliche Artikel wurden mit den dazu gestellten Anträgen angenommen. Ein Konflikt entspann sich um den Artikel 2, nach dem es Aufgabe des Freistaates Braunschweig sein soll, „durch Umgestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse alle Klassenunterschiede zu beseitigen“ und „alle Einwohner und alle Staatsmittel diesem Zwecke zu dienen haben“. Dieser Artikel wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Darauf wurde die Sitzung unterbrochen. Nach deren Wiederaufnahme gaben die Unabhängigen eine Erklärung ab, in der sie die Ablehnung des Artikels 2 bedauern, die verschubet wurde durch die Uebereinstimmung der rechtssozialistischen Fraktion mit den Parteien des Bürgerturns. Nach abermaliger Unterbrechung der Sitzung erklärte die sozialdemokratische Fraktion, um die Annahme der Verfassung zu sichern, habe sie angesichts der ablehnenden Haltung der Kommunisten der Streichung des Artikels 2 zustimmen müssen, dessen Richtigkeit sie nach wie vor vertrete. Den Vorwurf der Untreue weise sie mit aller Schärfe zurück. Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung wurde die Verfassung mit 44 gegen 9 Stimmen angenommen. Für die Verfassung stimmten ein Teil des Landeswahlverbandes, die Demokraten, die Sozialdemokraten und die Unabhängigen,

Putsche von einst und jetzt.

Von E. J. Kost.

Das Reichsgericht ist nicht die letzte Instanz im Kapp-Putschverfahren, und die drei Angeklagten sind nicht die einzigen, über die ein Urteil gefällt wird. Die Geschichte wird einst ein höheres Forum sein. Sie wird einen Angeklagten richten, der noch belastet ist als alle Kappisten zusammengekommen, und doch bislang kaum genannt ist. Das träge, stumpfe Bürgertum, das staatsverachtende Element des alten Reichs, wird zu lebenslänglicher Bächerlichkeit verurteilt werden.

Erinnern wir uns der Vorgänge in den Kapp-Tagen! Am Morgen des 13. März fielen zunächst die Offiziere auf, die plötzlich ihre wilhelminischen Uniformen hervorgeholt hatten und würdevoll durch die Straßen stellten; das war bereits damals eine ungewöhnliche Erscheinung. Am Potsdamer Platz spielte eine Militärkapelle vaterländische Lieder. Er war schwarz vor Menschen. Als „heil dir im Siegertranz“ ertönte, entblöhte die Menge ergriffen das Haupt und sang begeistert mit. Ab und zu erscholl ein Hurra. Es ist doch was Herrliches um das stramme Militär. Einige Tage später bekämpften die prächtigen Kapp-Truppen bei ihrem Blamablen — aber dennoch mit klingendem Spiel unter flatternden schwarzweißroten Fahnen vor sich gehenden — Rückzug in der Potsdamer Straße den Bolschewismus. In der Bülowstraße stellten sie plötzlich ein Maschinengewehr auf und schossen in die friedliche Straße hinein. Ein Kutscher wurde vom Boß geknallt, und ein zehnjähriger Junge und ein Kontorfräulein fielen den Kugeln zum Opfer. Der Bolschewismus war damit besiegt.

Die damalige Haltung des Bürgertums läßt die Erinnerung an das Frankfurter Attentat am 3. April 1833 wach werden. Bekanntlich machte sich in Deutschland seit den Befreiungskriegen eine schrankenlose Reaktion breit. Nach der Pariser Juli-Revolution begann es auch in den Ländern des Deutschen Bundes zu gären. Als aber dagegen am 28. Juni 1832 die sogenannten sechs Ordonanzen des Frankfurter Bundestages erlassen wurden, die sich gegen die Pressefreiheit und interessanterweise gegen die Burschenschaften wandten und nach denen alle gegen Bundesbeschlüsse gerichteten Petitionen als Verbrechen bestraft werden sollten, trat wieder Ruhe ein. Einige Idealisten hielten das für Ruhe vor dem Sturm und gründeten den bald weitverzweigten Vaterlandsverein mit dem Ziel, eine große deutsche Republik zu errichten. Ihr Plan ging dahin, an einem verabredeten Tage die Kanonen der Frankfurter Bürgerartillerie zu nehmen und dann die Bundestagsgesandten festzusetzen. Tatsächlich überrumpelten etwa 60 Mann am 3. April gegen 10 Uhr abends die beiden Hauptwachen des Bürgermilitärs. Dann lernten die Revolutionäre das deutsche gute Bürgertum kennen. Wie sie nämlich mit den Ruf „Es lebe die Frei-

heit“, hoch die deutsche Republik“ durch die Straßen eilten, sahen sich die Bürger die Sache aus ihren Fenstern wie ein Gratischauspiel an, dachten aber gar nicht daran, sich aktiv zu beteiligen. Sie begriffen überhaupt nicht, was eigentlich gespielt wurde. Nur einige hundert Handwerksgehilfen und Arbeiter schlossen sich den Revolutionären an. Nach kurzem Kampf wurden sie von dem inzwischen in aller Ruhe gesammelten Militär gefangengenommen.

Mit Befriedigung stellten die braven Bürger fest, daß die Reaktion auf der ganzen Linie gesiegt hatte. Die Verschwörer wurden, soweit sie nicht nach der Schweiz und Frankreich geflohen waren, zum Tode oder zu harten Gefängnisstrafen verurteilt. Woraus man sieht, daß in der Bestrafung von Putschern mildere Anschauungen modern werden.

Die deutsche Zentralkasse für volkstümliches Bäckereiwesen hielt am 4. Dezember in Stuttgart ihre Jahresversammlung ab. Der Geschäftsführer Walter Hofmann konnte über den günstigen Stand der Zentralkasse berichten, der sich in dem immer häufiger erfolgenden Anschluß von Landesregierungen und Landesverbänden an die Zentralkasse und in der betriebigen Finanzlage der Organisation ausdrückt. Zum 1. Vorsitzenden wurde Dr. H. v. Erdberg, der Referent für Volksbuchhaltung und volkstümliches Bäckereiwesen im Preussischen Ministerium, gewählt. Deutschösterreich, Württemberg, Hessen, die Pfalz sind jetzt in Verwaltungsausschüß durch ihre amtlichen Landesreferenten für Volksbuchhaltung oder durch die Vorsitzenden der Landesverbände für Volksbuchhaltung, des Arbeiterbäckereiwesens ist durch Bibliothekar Sezer (München), den Leiter der Zentralbibliothek des Münchener Gewerkschaftsbundes vertreten. — Der Sitz der Geschäftsführung bleibt in Leipzig, Zeiger Straße 28.

„Der 90. Psalm der Junker- und Kaiserkasse.“ Berner Dreiburgs Satire in unserer Nr. 596, die sich gegen die Ludendorff-Sippenschaft richtet und in der Form eines alttestamentarischen Psalms gehalten ist, hat beim „Reichsboten“ wilde Empörung erregt. Das evangelische Pfaffenblatt zitiert von „schändlicher Gotteslästerung“ und bedauert offenbar, daß es uns nicht die reinigenden Segnungen des Scheiterhaufens angeheihen lassen kann. Aber wir sind zu unserm aufrichtigen Schmerze außerstande, Buße zu tun. Denn wir gehen in unserem Philosemitismus nicht so weit wie der „Reichsbote“ und würden selbst in der größten Verurteilung einer althebräischen Dichtungsform noch keine „Gottlästerung“ erblicken. Oder soll etwa Bildenborff der gelästerte Gott sein? Dann erklären wir uns für schuldig und bereit, den Scheiterhaufen zu besteigen, sobald die Gesinnungsgenossen des „Reichsboten“ in Deutschland wieder zur Herrschaft gekommen sind.

Taylorstem beim Eierlegen. In Amerika, dem Lande hochgefeierter Produktion, werden eifrige Versuche gemacht, die Eierproduktion in den Hühnerställen zu erhöhen. Wie C. v. Wadenstein in der „Deutschen landwirtschaftlichen Geflügelzeitung“ berichtet, werden die Hühnerställe abends künstlich beleuchtet. Statt daß die Hühner, wie das sonst so Hühnerstille ist, vom Ein-

brechen der Dunkelheit an bis zum ersten „Hahnenschrei“ am frühen Morgen schlafen, finden sie den am Abend aufgeschienen Stall noch einige Stunden hell erleuchtet, und sie bemühen sich emsig, Futter zu fuchen, solange sie noch etwas sehen. Die erhöhte Nahrungsaufnahme kommt der Eierbildung zugute. — In hundert Geflügelställen des Staates New York hat man während der letzten Jahre die Versuche mit künstlicher Beleuchtung angestellt. Alle berichten über die besten Erfolge. In der landwirtschaftlichen Universitäts von New York stellte Corneil Versuche an. Unter sonst gleichen Verhältnissen wurden hundert Hennen einer bestimmten Klasse mit künstlichem Licht und hundert ohne Beleuchtung gehalten. Während einer Beobachtungszeit von 48 Wochen wurden in den Ställen mit künstlichem Licht 1625 Eier mehr gelegt als in den dunklen Ställen. Während der Sommermonate legten die Hühner in den hellen Ställen nicht so viel Eier, wie in den unbeleuchteten Ställen. Der ganze Ueberschuß wurde von Ende November bis Mitte März erzielt. Das Licht im Hühnerstall half also auch dem alten Schmerz der Hühnerzüchter ab, daß die Hühner gerade in der Zeit, wo die Eier am teuersten sind, am wenigsten legen.

Bazillenhusten. Bei der Verbreitung von ansteckenden Krankheiten wie Lungenschwindsucht, Anfluenza spielt die sog. Tröpfcheninfektion mit einer wesentlichen Rolle: beim Husten schleudert der Kranke lebende, d. h. ansteckungsfähige Keime in winzigen feinen Tröpfchen seinem Gegenüber ins Gesicht, der sie dann mit den Keimen einatmet und so unter Umständen den Grund zur Krankheit in sich legt. Diese Art der Ansteckung ist namentlich zu Zeiten von Anfluenzaepidemien z. B. in Straßenbahnwagen nicht selten. Es ist nun von proflichem Wert, zu ermitteln, wieviele Schwindsuchtige etwa solche Bazillenhusten sind. Dies hat, wie die „Umschau“ mitteilt, Hippel in sehr zweckmäßiger Weise mit seinem „Hustenträumen“ festgelegt: die Kranken husten auf eine in einem Rahmen ausgespannte Fläche, die dann bakteriologisch untersucht wird. Danach sind von allen Bazillenhustern $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ als gefährlich durch Verstreung zu bezeichnen.

Was ist ein profliches „Boggeßel“? Im Bericht einer schwedischen Zeitung über einen Boggekampf heißt es: „Der Norweger hatte ein außerordentlich profliches Boggeßel. Es war so platt, daß es Hefegessen gefürchteter Rechten keine direkte Herausforderung bot.“ Eine direkte Herausforderung kann nur ein lognanntes „Dreiecksgesicht“ bieten. Aber auch dieses dürfte im Lauf eines ritterlichen Boggekampfes so „ummöbliert“ werden, daß es sich schließlich seinem Zweck anpaßt.

Reiche Rothhute. Im Gebiet der Dajen, eines Indianerstammes in Oklahoma, wurden Veffeder entdeckt. Der Verkauf der Federn brachte, wie in der „Umschau“ berichtet wird, jedem der 2000 Angehörigen dieses Stammes ein Jahreseinkommen von 10 000 Dollar, d. h. etwa 2½ Millionen Papiermark.

Horror von George Grosz. Am Dienstag, den 27. Dez., bricht George Grosz in Lübben seiner Fiktionen. Das Gesicht der herrschenden Klasse“ im Schubert-Saal, Bülowstr. 104, nachmittags $\frac{1}{2}$ Uhr. Die Eintritts sind zu haben bei Sote u. Bod, Berthelm, im Pall-Verlag, S. Golenetz, Rurfarstendamm 76, und an der Udenblasse.

dogegen stimmten vom Landesverband die Waisen und die Deutschnationalen, ferner die Kommunisten. Dann begründete ein Regierungskommissar die Vorlage des Amnestiegesetzes, das die Regierung aus Anlaß der Verabschiedung eingebracht hat. Die Vorlage wurde nach der ersten Lesung an den Rechtsausschuß verwiesen. Nächste Sitzung Dienstag, den 3. Januar.

Groß-Berlin

Die große Seltenheit.

Eine Frau geht durch eine Straße des Südostens, eine einfache, schlichte, freundliche Frau. Aber diese Frau fällt derart auf, daß die Leute stehenbleiben, sich nach ihr umdrehen und dann kopfschüttelnd weitergehen.

Auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig gehen zwei elegante Herren. Jetzt sehen sie die Frau, bleiben stehen, sehen sich an und im nächsten Augenblick stürzen sie über den Fahrdamm auf die Frau zu.

Das ist natürlich so auffällig, daß auch andere Leute stehenbleiben; sie gehen gleichfalls hinüber und bald bildet sich ein Kreis um die Frau.

Was ist denn nun eigentlich los? Nun, nichts weiter, als daß diese freundliche Frau einen ganz richtigen hübschen Weihnachtsbaum bei sich hat. Und die Tatsache, daß zwei Tage vor dem Weihnachtsfest 1921 jemand mit einem Weihnachtsbaum durch die Straßen Berlins geht, ist derart aufsehenerregend, daß jedermann stehenbleibt und sofort nur den einen Gedanken durch sein Hirn wälzt: Ja, wo mag denn nur diese Frau diesen netten Weihnachtsbaum her bekommen haben?

Die Frau aber ist ganz geschmeichelt über die Aufmerksamkeit, die man ihr und ihrem Bäumchen schenkt, und sie erzählt, daß sie es sich von der Försterei Dreilinden bei Wannsee geholt habe. Andere rufen dazwischen: Auch in der Försterei Sadoma kann man sich Bäume holen. Wieder andere berichten von einzelnen Führen, die sie in den Straßen gesehen haben wollen.

In der Tat sollen auch noch eine Anzahl Waggons mit Bäumen im Anrollen begriffen sein. Hoffentlich kommen sie noch so rechtzeitig an, daß die Bäume nicht etwa erst am 27. Dezember zum Verkauf gelangen.

Die neuen Höchstmieten.

Ermäßigung der Zuschläge nur für Geschäftsräume.

Der Magistrat hat neuerdings beschlossen, daß seine Verordnung vom 16. Juni 1921 eine Aenderung insofern erfährt, daß als Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen ein Zuschlag von 70 Proz. mit folgenden Ausnahmen festgesetzt wird.

Für Räume, die zu gewerblichen, geschäftlichen, Bureau- oder ähnlichen Zwecken benutzt werden, beträgt der Höchstzuschlag 100 Proz., wenn der Mietzins am 1. Juli 1914 jährlich mehr als 1200 M., aber nicht mehr als 3000 M. betragen hat. — Bei Mietverhältnissen, die sich sowohl auf Wohnräume als auch auf Räume der im ersten Absatz bezeichneten Art erstrecken, beträgt der Höchstzuschlag ebenfalls 100 Proz., wenn der Mietzins nicht nach der verschiedenenartigen Benutzung der Räume getrennt vereinbart war und jährlich mehr als 1200 M., aber nicht mehr als 3000 M. betragen hat. Für Räume, die zu gewerblichen, geschäftlichen, Bureau- oder ähnlichen Zwecken benutzt werden, beträgt der Höchstzuschlag 100 Proz., wenn der Mietzins am 1. Juli 1914 jährlich mehr als 3000 M. betragen hat.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 1922 in Kraft. Unberührt bleiben die laufenden Verträge. Der Beschluß ist am 22. d. M. dem Oberpräsidenten übermittelt worden, dem gemäß § 4 Absatz 1 der Höchstmietenanordnung das Recht des Einspruchs binnen zwei Wochen zusteht.

Die Untersuchung des Wannsee-Dampferunglücks.

Die von der Kriminalpolizei Zehlendorf geführte Untersuchung über das Dampferunglück auf dem Wannsee ist zu einem gewissen Abschluß gelangt. Trotzdem war es leider nicht möglich, die Schuldfrage reiflich zu lösen, wiewohl sämtliche gerettete Personen in der Voruntersuchung vernommen worden sind. Nimmere ist die Untersuchung in die Hände des Oberstaatsanwalts v. Pöhliger und des Staatsanwaltschaftsrates Rasch in Potsdam gelegt worden. Die gerichtliche Aufklärung wird wahrscheinlich Anfang Januar 1922 erfolgen.

Das Komplott gegen den Ehemann.

Weitere Feststellungen in der Mordaffäre Hazenzahl.

Die Bluttat in der Reher Straße, der der Ingenieur Hazenzahl zum Opfer fiel, veranlaßte gestern eine Ortsbesichtigung, an der der Untersuchungsrichter, der Staatsanwalt, der Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauß und der Schießschachverständige Bachlein teilnahmen. Der Kaufmann Tiede, der die wüthenden Schüsse auf Hazenzahl abgegeben hat, und Frau Hazenzahl, die bei der Tat zugegen war und Tiede bei der Beseitigung der Leiche nach Eberswalde geholfen hat, wurden dazu vorgeführt.

Beide blieben bei der bisherigen Darstellung. Hiernach hat zunächst Hazenzahl die Waffe gehabt. Im Ringkampf mit Tiede infolge eines Streits soll ein Schuß losgegangen sein und Hazenzahl selbst getroffen haben. Den zweiten Schuß soll Tiede zur Abwehr eines Angriffs abgefeuert haben. Dem widerspricht besonders die Aussage eines Schülers aus dem Hause, der sah, wie Hazenzahl auf den Flur herausgelaufen kam und ihn rufen hörte, daß Tiede auf ihn geschossen habe. Das war gleich nach dem ersten Schuß. Der Schüler wurde auch gestern an Ort und Stelle wieder vernommen und blieb bei seiner Aussage. Für die vollständige Aufklärung ist ein Zeuge wichtig, der bisher nicht ermittelt werden konnte. Es ist ein Mann namens Feige, der früher bei einer Versicherung in Leipzig tätig war und jetzt in der Königstraße in Berlin tätig sein soll. Feige war ständiger Mittagsgast im Speisestokal von Hazenzahl und über die Verhältnisse und Beziehungen zwischen dem Ehepaar Hazenzahl und Tiede unterrichtet. Er hat nach am Tage vor der Tat bei Hazenzahl zu Mittag gegessen. Feige wird dringend ersucht, sich umgehend bei den Kommissaren Dr. Feinberg und Büniger im Berliner Polizeipräsidium zu melden.

Aus alter „Anhänglichkeit“.

Daß die republikanisch-deutsche Reichspost noch oft als „kaiserlich“ bezeichnet wird, ist im „Vormärts“ immer wieder festgenagelt worden. Zu dieser postalischen „Kaisertreue“ pocht auch, daß in Bureaus der Post gewisse Beamte es als ihr gutes Recht betrachten, die Bände noch mit Bildern des gewesenen Kaisers zu „schmücken“.

Aus Kreisen der Postbeamten wird uns gemeldet, daß auf dem Fernsprechkamt Pöhlitzburg der Telegraphendirektor Ollivier über seinem republikanischen Schreibisch seinen letzten Landeswatter in vollem kriegerischen Wicks zu hängen hat. In demselben der Republik gehörenden Amtsgebäude sind im Erfrischungsaum drei erlauchte Zeugen einer „glorreichen“ Vergangenheit aufgehängt, der alte Wilhelm, der junge Wilhelm und Hindenburg. Es ist hohe Zeit, daß — sagt unser Gewährsmann — mit dieser Verhöhnung der Republik nun endlich Schluss gemacht wird.

Von anderer Seite wurde uns vor kurzem mitgeteilt, daß auf den Fernsprechkamten Alexander und Königsstadt im Aufenthaltsraum der Beamtinnen noch große Bilder Wilhelms II. und seiner Frau hängen. Verspricht sich einer von diesem „Wand-schmuck“, daß durch ihn das Personal zur republikanischen Gesinnung erzogen wird? Unser Gewährsmann hofft, das Reichspostministerium werde den Telegraphendirektor darauf hinweisen, daß wir in einer Republik leben. Das Personal habe doch nicht nötig,

die von dem Herrn Telegraphendirektor so verehrten Herrschaften noch fortwährend anzubeten. Ach, setzen wir lieber nicht unsere Hoffnung auf den Reichspostminister. Auch in dem Wohnzimmer dieses republikanischen Würdenträgers konnte man noch im dritten Jahr der Republik sich an dem Anblick eines Kaiserbildes erbauen — und wir würden uns nicht wundern, wenn es noch heute dort zu sehen wäre.

Da wir gerade von Kaiserbildern sprechen, sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß auch die Teltower Kreisparkasse (Berlin, Viktoriastraße) noch einen für die Kumpfkammer reifen „Wand-schmuck“ hat. In einem ihrer Bureaus hängt noch ein etwa 1 1/2 Meter hohes Bild Wilhelms des Rechten.

Schulführungen durch die staatlichen Museen.

Bei Schulführungen durch die staatlichen Museen wird an den Zahltagen eine Gebühr von 50 Pf. für die Person erhoben. An den zahlfreien Wochentagen dürfen rechtzeitig angemeldete Führungen unentgeltlich stattfinden. Bei Sonntagsführungen sind die beanpruchten Säle anzugeben.

Unentgeltliche Führungen sind danach bis auf weiteres zugelassen im Alten und Neuen Museum Sonntags, Dienstags und Freitags; Kaiser-Friedrich-Museum Sonntags, Mittwochs und Sonnabends; Museum für Völkertunde Sonntags, Montags und Donnerstags; in der Sammlung für deutsche Volkstunde Sonntags, Montags und Donnerstags; im Zeughaus Sonntags, Montags und Donnerstags; Schloßmuseum Montags, Mittwochs und Donnerstags; ferner in der Nationalgalerie Donnerstags und Freitags; im Kronprinzenpalais Dienstags und Mittwochs von 11 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit, sowie Sonntags von 10 bis 3 Uhr.

Unser Wegweiser durch die Museen in Nr. 570 des „Vormärts“ ist durch folgende Aenderungen in den Besuchszeiten zu ergänzen. Der Eintritt in das Alte und Neue Museum kostet am Montag 5 M. Die Nationalgalerie ist am Donnerstag und Freitag bei freiem Eintritt im Dezember und Januar von 10 bis 3 Uhr geöffnet, im Februar wieder von 11 bis 4 Uhr, im März von 11 bis 5 Uhr. Die Neue Abteilung im ehemaligen Kronprinzenpalais ist am Dienstag und Mittwoch bis Ende Januar nur von 10 bis 3 Uhr geöffnet bei freiem Eintritt, dann an diesen Tagen von 11 bis 4 Uhr und im März von 11 bis 5 Uhr. Die Bildnissammlung der Nationalgalerie, Schinkelplatz 6, ist Sonntags von 10 bis 1 Uhr, an den anderen Tagen von 10 bis 3 Uhr geöffnet. Sonntags, Mittwochs und Donnerstags ist der Eintritt frei, Dienstags, Freitags und Sonnabends kostet er 2 M., Montags 5 M. Im übrigen bleiben die angegebenen Bestimmungen bestehen. Das Schloßmuseum kostet jetzt auch am Mittwoch Eintrittsgeld, und zwar 1 M. Während des Winters sind die beheizten Räume aller drei Stadwerke (29 Säle) täglich geöffnet; durch die geschlossenen Räume finden Führungen statt. Der Botanische Garten in Dahlem ist jetzt auch während des Winters täglich geöffnet. Bis Ende Februar von 8 Uhr bis zur Dämmerung, die Schauläden in der gleichen Zeit. Vom 1. März ab von 7 bis 7 Uhr, Sonntags von 8 bis 7 Uhr, die Schauhäuser täglich von 8 bis 6 Uhr. Der Eintritt ist frei am Sonntag, Mittwoch und Sonnabend, an den anderen Tagen ist 1 M. Eintrittsgeld zu zahlen. Das Rauch-Museum ist Sonntags geschlossen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Weihnachtsfeier der Heilsarmee. Der emsigen, unermüdeten Sammelthätigkeit der Heilsarmee — „Haltet den Löff beim Kochen“ — war es zu danken, daß diese Organisation gestern abend in ihrem hellen, lichten Festsaal, „Tempe“ genannt, 1000 armen Frauen, Greisen und Krüppeln eine Weihnachtsfeier bereiten konnte. Voraus ging eine Feier, in der, wie es bei der Heilsarmee üblich ist, religiöse Ansprachen mit lustigen Märchen, gemeinamen Gesängen und Einzelübungen abwechselten. Zwischen durch wurde den alten Leuten warmer Kaffee gereicht. Endlich, nach einer nahezu zweistündigen Feier, konnten sie auch die Gaben materieller Art als Kaffee, Kakao, Mehl, Zucker, Konserven, Speck, Hülsenfrüchte und sogar Butter in Empfang nehmen. Beglückt und erfreut zogen die tausend alten Leute ab. Achttausend hatten sich gemeldet. Das Glend ist groß in Berlin und wenn sich, wie hier, praktische Nächstenliebe der Ärmsten annimmt, so wird ihr der Dank der Beschenkten gewiß sein.

Ausdehnung des Platzkartensystems. Vom 4. Januar 1922 ab werden auch für die von der Stadtbahn abgehenden D-Züge Platzkarten ausgegeben. Die Laufkartenführung ist der am 15. Dezember d. J. im Bahnhof Friedrichstraße neu eröffneten Zweigstelle des Mitteleuropäischen Reisebureaus (MER) übertragen worden. Die Tätigkeit dieses Bureaus erstreckt sich auf die Verausgabung von Fahrkarten und MER-Fahrtscheinen zu amtlichen Preisen ohne Zuschlag, Bettkarten, Platzkarten usw. Die Laufkartenführung für die von den übrigen Berliner Bahnhöfen abgehenden D-Züge findet wie bisher im Mitteleuropäischen Reisebureau im Potsdamer Bahnhof statt. An den Fahrkartenschaltern der Bahnhöfe sind Platzkarten nicht erhältlich.

Gestohlene Weihnachtsgänse. Dem Geflügelhändler Zintermann in der Alten Jakobstraße sind von ein paar frechen Burschen vier Gänse, die außerhalb des Ladens hingen, gestohlen worden. Es wurde von der herbeigerufenen Schutzpolizei ein junger Erwerbsloser namens Lange festgenommen, dessen Täterschaft aber noch keineswegs feststeht. Von einer Pflünderung, wie es ein Mittagsblatt wahr haben will, kann demnach nicht die Rede sein.

Ueber die Hilfsbereitschaft der Schutzpolizei für Groß-Berlin machte anlässlich eines Prozesses, zu dem Oberregierungsrat Goyve als Sachverständiger geladen war, der Genannte wichtige Ausföhrungen. Er behauptete, daß am 6. August 1921 vom Berliner Polizeipräsidenten eine für die gesamte Polizei Groß-Berlins wirksame Verfügung erlassen worden sei, ohne Rücksicht auf die Zuständigkeit eine vom Publikum angebrachte Anzeige aufzunehmen und sie dann nötigenfalls an die zuständige Stelle weiter zu geben. Ebenso seien diese Dienststellen zur Verhaftung eines Täters ohne Prüfung der örtlichen Zuständigkeit verpflichtet.

Die städtischen Sparkassen und Girokassen sind Sonnabend, den 24. Dezember (Weihnachtsvorabend) und Sonnabend, den 31. Dezember (Silvester), bis 12 Uhr mittags geöffnet. Am Dienstag, den 27. Dezember, bleiben sie für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Vermißt wird seit dem 19. d. M. der Lehrling Georg Paasche, 17 Jahre alt, Größe 1,72 Meter, blonde Haare, langes schmales blaßes Gesicht. Bekleidung: Dunkler Paletot, grauer Filzhut, blaues Jackett und Weste, braune Hose, schwarze Schnürstiefel. Nachricht an R. Paasche, Alexandrinenstr. 40 III, erbeten.

Eine öffentliche Weihnachtsfeier veranstaltet das Deutsche Rot Kreuz am 24. d. M. im Parkgarten und auf dem Winterfeldplatz. Große Weihnachtsbäume werden, sobald es dunkel geworden, im Parkgarten errichtet. Musikchören sollen vollständige Weihnachtslieder vortragen. Die städtischen Behörden erwidern diese für jedermann zugänglichen Weihnachtsfeier dankenswerter Entgegenkommen.

Weihnachtsreiten des Botanischen Gartens. Am 1. Weihnachtstages und am Neujahrstag ist der Garten geschlossen. Am 2. Feiertag öffnet von 10 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Kälter, zeitweise heiler, jedoch sehr unbeständig mit niederer Wolken, Schnee- oder Graupelstürzen und frische nordwestlichen Winde.

Einheitliche Postordnung für das Reich.

In seiner gestrigen Sitzung hat der Reichsrat eine vom Reichspostministerium vorgelegte neue Postordnung angenommen, die am 1. Januar in Kraft treten soll. Damit werden die Bestimmungen für den Reichspostverkehr, die bisher für die Postgebiete Bayerns, Württembergs und des übrigen Reiches noch verschieden waren, einheitlich geregelt.

Gleichzeitig hat der Reichsrat eine Bestimmung angenommen, wonach die Ortsbriefgebühr für den Verkehr zwischen bestimmten Ortschaften, die baulich zusammenhängen, eingeführt wird. Das kommt vor allem in Frage bei Verhältnissen, wie sie in Ortschaften Hamburg oder zwischen Ronneburg und Ludwigshafen, Bremerhaven-Großeförden usw. herrschen.

Mit dem 1. Januar kommenden Jahres treten auch die neuen Vorschriften über Auslandspostverkehr, wie sie der letzte Weltkongress in Madrid festgesetzt hat, in Kraft.

Grusser in Berlin?

Otto Hermann Müller hat im Reichstag folgende Kleine Anfrage eingebracht:

Am 22. November 1920 wurde im Reichstage die Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über Kapitalüberschiebungen nach dem Auslande verhandelt. In der Verhandlung behaupteten die Interpellanten, daß sich über 100 Personen durch Vermittlung des Bankhauses Grusser, Philipson u. Co. der geschwindigen Kapitalüberschiebung nach dem Auslande schuldig gemacht hätten.

Selt dieser Zeit fanden nach Mitteilungen der Presse nur in drei Fällen Gerichtsverhandlungen gegen Kunden dieses Bankhauses wegen Kapitalüberschiebung nach Holland statt.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Bäckermeister Heinrich Raese aus Berlin wegen Kapitalüberschiebung zu 2000 M. Geldstrafe und erklärte 50 000 M. als dem Reich verfallen. Dasselbe Gericht verurteilte wegen des gleichen Vergehens den Farbereibesitzer Demold Raese aus Brix zu 3000 M. Geldstrafe und erklärte 58 000 M. als dem Reich verfallen.

Ein dritter Angeklagter, der frühere Prinz Eitel Friedrich wurde von der 9. Strafkammer des Landgerichts I Berlin wegen geschwindiger Kapitalüberschiebung zu 5000 M. Geldstrafe, im Nichtbeitragsfalle für je 15 M. ein Tag Gefängnis, verurteilt.

In der Verhandlung gegen Heinrich Raese wurde festgestellt, daß sich das Verfahren auch gegen den flüchtigen Bankier Grusser richtete.

Nach Zeitungsmeldungen vom 18. Dezember war der Bankier Grusser aus Amsterdam in diesen Tagen in Berlin im Eden-Hotel abgestiegen.

Ist der Reichsregierung die Anwesenheit des Bankiers Grusser in Berlin bekannt gewesen? Ist das gegen Grusser einseitige Strafverfahren zu Ende geführt worden und mit welchem Erfolge?

Sind außer den drei oben genannten Kapitalübertreibern weitere Kunden des Bankhauses Grusser in öffentlicher Gerichtsverhandlung abgeurteilt worden? Wenn ja, welche Kunden und mit welchem Erfolge?

Sind ferner Kunden des Bankhauses Grusser etwa unter Ausschluß der Öffentlichkeit durch Erlass von Strafbefehlen bestraft worden? Wenn ja, welche und mit welchem Erfolge?

Ich beznüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Groener für die Reichseisenbahn.

Das Reichsverkehrsministerium läßt bei Eiske unter dem Titel „Die Reichseisenbahn“ eine Broschüre erscheinen. Im Geleitwort des ersten Heftes sagt Reichsverkehrsminister Groener zur Frage: Staats- oder Privatbetrieb u. a.:

Die Veranlassung zu dem Naturum (auf die Reichseisenbahn. Red.) konnte allein das Defizit geben. Ohne daß jedoch die Ursachen dieser Erscheinung mit ernster Gründlichkeit von den Gegnern der Reichseisenbahn gepöhlrt wurden, hat man ein Vorurteil über den Staatsbetrieb gefäht. Man vergißt dabei, daß es auch den großen privatwirtschaftlich betriebenen Eisenbahnsystemen in anderen Ländern finanziell meist herzlich schlecht geht. Man zieht Vergleiche mit der Industrie und übersieht, daß es aus den Ursachen, die der Industrie auf die Beine geholfen haben, der Eisenbahn schlecht gehen muß. Bild und Urteil vieler, insbesondere der Interessenten, sind getrübt durch Umstände, die nicht in der Eisenbahn, sondern in der allgemeinen Wirtschaft liegen. Die Ratsschlüsse überfluten die Arbeitstische, bringen keine neuen Gedanken und gehen nicht selten von Verdienstmöglichkeiten aus, die der Ratgeber in seinem Rate für sich selbst sieht. Ein Rat kehrt allerdings immer wieder, der „kaufmännische Geist“, den sich die Bureaucratie einimpfen soll. Leider versteht jeder etwas anderes darunter, und ein allgemein anerkanntes Serum ist nicht vorhanden. Der wahre kaufmännische Geist muß doch wohl angeboren sein. Wehe aber den deutschen Eisenbahnen, wenn etwa der kaufmännische Geist bei ihnen zur Herrschaft gelangen sollte, der in Kriegs- und Revolutionszeit die deutsche Wirtschaft heim gesucht hat. Die Reichsbahn sei „in Grund und Boden ruiniert“, heißt man. Das ist zwar grundsätzlich, aber leider von unvollkommenen Köpfen geglaubt und nachgehakt. Der Marktsturz in diesem Herbst hat unserer Unternehmung einen gewaltigen Schlag versetzt. Wäre dieser nicht eingetreten, dann wäre das Defizit in dem tausenden Haushaltsjahr bis auf 6,5 Milliarden abgedeckt worden. An dem Marktsturz kann sich die Industrie vorübergehend erholen, während die Eisenbahn daran wieder neu erkranken muß. Das ist der gewaltige Unterschied zwischen Industrie und Eisenbahn, daran könnte auch die privatwirtschaftliche Betriebsweise nicht das mindeste ändern. Auch sie kennt als einziges Gegenmittel nur die Preissteigerung, das heißt bei den Eisenbahnen Erhöhung der Tarife. Man sagt: Ein gutes Staatsbahnsystem lege einen Autoritätsstaat voraus; in einem demokratischen Staatswesen und bei einem parlamentarischen Regierungssystem seien eben Staatsbahnen unmöglich. Wenn das richtig wäre, dann würde besser das deutsche Volk sich gleich begraben lassen. Allerdings mit dem Geiste der alten Autokratie ist die Reichsbahn nicht mehr zu leiten, wohl aber mit der Macht des Geleises, dem sich jeder zu beugen hat, und mit dem Geiste einer Disziplin, die getragen wird von der Erkenntnis: Oberstes Gesetz für alle ist die Wohlfahrt des Reichs. Das gilt nicht nur für die Eisenbahnen, sondern ebenso für die um das Unternehmen werbenden Interessenten. Die Einflüsse des Parlaments können ebenfalls ohne Schwierigkeit durch Gesetz auf ein solches Maß zurückgeführt werden, daß jeder Schwächung der Leitung des Staatsbetriebes durch politische Rücksichten wirksam vorgebeugt wird. Dann bleibt nur noch die Frage offen: Ist der Staatsbetrieb imstande, die Defizitwirtschaft zu beseitigen und das Unternehmen wieder rentabel zu gestalten? Dies ist zu bejahen.

Praktikanten und Assistenten, nicht mehr Gehilfen und Lehrlinge, soll es fortan bei den Apothekern geben. Der Reichsrat hat den dahingehenden Wunsch der Apotheker erfüllt und die Prüfungsordnung wird dementsprechend verändet.

